

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 6.00 Mark, vierteljährlich 16.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk., auswärts Postzusatz 2.00 Mk. ...

Voelle-Zeitung

Herundfünftigster Jahrgang.

Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf., 50 Pf., 1.00 Mark ...

Millerand wünscht Zurückziehung der Truppen.

Geschäftsträger Maner überreichte eine neue Note. Paris, 2. April. (Havas.) Der deutsche Geschäftsträger Maner sprach am Freitag neuerdings bei Millerand vor. Er übergab eine Note, in der die französische Regierung neuerdings ersucht wird, ihre Ermächtigung zum Einrücken deutscher Truppen in das Ruhrgebiet zu geben und durch welche gleichzeitig zur Kenntnis gebracht wird, daß eine Abweisung der Reichswehr am Donnerstag morgen nördlich der Linie Mel-Muellesin eingeordnet ist. Maner erklärte dem französischen Minister des Aeußeren, daß diese Streitkräfte ohne die Ermächtigung der Regierung in die genannte Zone einrücken seien. Millerand ließ Maner seinerseits eine Note geben, durch welche die deutsche Regierung aufgefordert wird, ihre Kräfte zurückzuziehen. Der Ministerpräsident stellt gleichzeitig die Bedingungen aufrecht, die er schon früher für den Fall einer deutschen Besetzung des Ruhrgebietes aufgestellt hatte und zu der er gegenwärtig keine Ermächtigung noch nicht geben konnte. Die Note leitete für die Befehlshaber der deutschen Bataillone keine Frist. Sie hat demnach den Befehl weiter, es ist wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung den Wunsch hat, die starke Ermüdung, die die französische Regierung formell angeordnet hat, zu vermeiden.

Eine Regierungserklärung zur Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 3. April. (Drahtnachricht.) Einige Zeitungen veröffentlichen den Eindruck zu erwecken, die Reichsregierung habe die Deffektivität über die Ereignisse im Ruhrgebiet nicht ausreichend oder gar falsch unterrichtet. Demgegenüber ist festzustellen, daß die zuständige Stelle der Reichsregierung die Deffektivität über die Entwicklung im gefährdeten Gebiet dauernd auf dem Laufenden gehalten hat. Täglich sind die einlaufenden Nachrichten der Presse angeleitet worden. Eines allerdings hat die Reichsregierung nicht getan: Sie hat sich auch durch alle diese verschiedenen Nachrichten, wie dies versucht worden ist, nicht dazu bringen lassen, eine Politikentscheidung anzukündigen. Sie hat demnach gehandelt, wie man sich dessen bewußt hat, daß nur auf dem Verhandlungswege das durch das Ruhrgebiet verursachte Verhängnis der Verfallung der Reichswehr, durch das legale Beginnen beizugeht werden könne. Hierfür sind die dem Minister Seegering erteilten Vollmachten kennzeichnend. Erst als im Laufe der Bewegung seiner politischen Partei angelegliche Handen auftraten und ihr Unmuth sich täglich steigerte, hat die Regierung die gebotenen Maßnahmen angeordnet. Auch über alle diese Erwägungen und Entscheidungen wurde die Deffektivität dauernd auf dem Laufenden gehalten. Ebenso erfolgt seit Berichtserstattung über die Volkseinstellung gegen das allerdings zu berücksichtigende Gefahr gewordene und besonders unser Wirtschaftlichen schmerzhaft: Wendenommen im Ruhrgebiet. Eine politische den Reich und der Republik und des Deutschen Reiches bedrohende Bewegung aber ist dort nicht mehr vorhanden.

Silbersee der U. S. P.

Berlin, 3. April. (Eigene Drahtnachricht.) Aus dem Ruhrgebiet liegen noch folgende Nachrichten vor: Nach dem schon gestern die Dringlichkeit Duisburg der U. S. P. dringend um militärische Hilfe gebeten hat, ist nun auch der Vorsteher der U. S. P. in Hagen an die Regierung mit der Aufforderung herangetreten, alsbald den Einsatz der Reichswehr in Mülheim und Duisburg zu veranlassen. Trotzdem in vielen Städten bereits die Waffen abgegeben wurden, befindet sich immerhin noch über die Hälfte in den Händen der Auführer. In Hagen wurde das Rathaus gestürmt. In Dinslaken ist die Reichswehr eingezogen. Schwere Kämpfe sind bei Hamborn im Gange, wo sogar schwere Artillerie eingesetzt wurde. Veränderungen sind an der Tagesordnung. Der Aktionsausschuß hat sein Amt niedergelegt. Die Stadtverordnetenversammlung wurde wieder einberufen. Man hofft auf eine gütliche Einigung. In Düsseldorf ist die Protestgründlichkeit wieder aufgenommen worden. Das Rathaus ist noch von den Auführern besetzt. Die Verkehrsmittelzufuhr hat im Ruhr und öffentlichen Verkehr sind geschlossen. Der Senat hat offiziell die Einstellung des Generalstreiks verfügt.

Bedrohung der Städte durch zurückstufende Banden.

Berlin, 3. April. (Drahtnachricht.) Nach eingelaufenen Nachrichten werden in Bodum, Lauenberg, Heiligenhaus und anderen Bergischen Orten die Waffen abgegeben. Dortmund verweigert immer noch die Waffenabgabe. Anheimelt liegt das darin, daß dem Kommunistenführer Meißner die Waffen vollkommen aus der Hand gelassen sind. Heute morgen erhielten die Truppen den Befehl zum Vorrück. Der linke Flügel steht bei Karpfen, der mittlere bei Duisburg, dessen Besetzung durch die Reichswehr heute abend beendet ist. Ueberall wurde das einrückende Militär von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Heute wurde Kesslinghausen von der Reichswehr nach Waffen abgelehnt. Von der Bevölkerung, die 62 000 Seelen zählt, waren nur 200 den Roten Geworden angegliedert. Bei Essen und in der Umgebung von Essen wird von stützenden Banden großer Terror ausgeübt. Die Beamten

sind nicht in der Lage, auf den Bergwerken die Notstandsarbeiten auszuführen. Das Essener Arbeitsamt und die öffentlichen Kassen wurden gestürmt, doch hielten die Treuers dem Ansturm stand. In den Schuhmacherwerkstätten erschienen Leute mit Ausweisen aller Art, entnahmen Schuhe und beschuppieten, die Stadverwaltung läßt diese Ausweise ein. In Wülheim sind 500 000 Mk. von der Stadtkasse erpreßt worden angeblich zur Entlohnung der Reichswehrtruppen. Auf der Straße ist eine große Menge Dynamit entwendet worden. Die Reichswehr hat Oberhausen besetzt. Der Volksguard ist gelassen. Aus Karpfen sind die Roten Truppen hinter den Rhein-Serne-Kanal zurückstufende Banden. In Düsseldorf befindet sich kein Terror durch zurückstufende Banden. In Bodum ist die Lage ruhig. Dort geht die Waffenabgabe vor sich. Wülndungen sind bisher nicht vorgekommen. Es herrscht große Lebensmittelmangel. In rationierten Lebensmittel sind in dieser Woche 2 Pfund Brot und 4 Pfund Kartoffeln verteilt worden. Besonders knapp ist die Milchzufuhr.

Einzug der Reichwehrtruppen in Duisburg.

Berlin, 3. April. Von zuktünftiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Reichwehrtruppen heute nachmittag vor 3 Uhr in Duisburg eingerückt sind. Die Düsseldorf Sicherheitswehr fängt die zurückstufenden roten Truppen außerhalb der Stadtgrenze an den Zufahrtsstraßen auf und veranlaßt ihre Umleitung ohne Berührung der Stadt.

Scharfes Vorgehen gegen die Plünderer im Ruhrgebiet.

Berlin, 3. April. Die Postinspektion gegen die Plünderbanden im Ruhrgebiet, hat nun Meldung der „B. Z.“ bereits bekommen. Gestern nacht ist von Berlin aus nach Mülheim telegraphiert worden, daß Seegering nunmehr freie Hand habe, da die repressiven Banden der roten Armee sich an das Bielefelder Abkommen nicht gehalten und alle Parteien einschließlich der Kommunisten die Reichsregierung um schleunigliches Eingreifen gebeten hätte. Von der Vollmacht der Regierung hat Seegering unverzüglich Gebrauch gemacht. Der Vorkampf der Truppen geht seit heute früh von Norden her gegen Duisburg und von Osten gegen Unna und Borne vor sich. In den Wäldungen von Schelm wurden gestern von zwei Wüldern der Föhler Schulte durch Verhaftung gefasst, ein jüngerer Bruder durch Raubschuß schwer verletzt. Der Vater des Gefangenen und ein weiterer Jagdbesitzer setzten den Kampf fort und erschossen einen der Wüldern, während der zweite entkam.

Waffenabgabe.

Düsseldorf, 3. April. Hier sind im Laufe des gestrigen Tages mehrere Tausend Mann der roten Armee eingetroffen. Die in Düsseldorf beheimateten roten Soldaten wurden hier entlassen, die übrigen, die zum Teil aus dem südlichen Bergischen Lande kamen, wurden in ihre Heimat befreit, wo sie die Waffen übergeben haben. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Proteststreik der Eisenbahner im Bezirk Essen.

Berlin, 3. April. Im Ruhrgebiet ist in Oberfeld, Remscheid, Hagen, Essen und einer Anzahl kleinerer Orte des Berglandes mit der Waffenabgabe begonnen worden. In Duisburg, Mülheim, Dortmund, Bochum und Wülheim wird die Waffenabgabe vorläufig verweigert. Die Eisenbahner des Eisenbahndirektionsbezirks Essen sind in den Proteststreik eingetreten und haben erklärt, erst wieder arbeiten zu wollen, wenn Ruhe und Ordnung im ganzen Bezirk wiederhergestellt seien. Das Rathaus von Hagen wurde in der Nacht gestürmt. Bei Hamborn wird noch gestempelt. Die Reichswehrtruppen, die Dinslaken besetzt haben, hoffen noch heute bis Duisburg zu kommen. In Düsseldorf ist erneut, jedoch erfolglos zum Generalstreik aufgefordert worden. Es wird fast überall gearbeitet, dagegen sind die arbeitswilligen Bearbeiter im Essener Revier gewaltsam am Einziehen in die Gruben gehindert worden.

Die letzten Anstrengungen.

Berlin, 3. April. Die Düsseldorf der Kommunisten haben an den Volksguard die Forderung gestellt, sie mit Munition und Lebensmitteln zu unterstützen und haben mit dem Einmarsch gedroht, falls dem Verlangen nicht stattgegeben werde. Der Volksguard hat die Forderung abgelehnt und militärische Vorbereitungen zur Abwehr etwaiger Angriffe von Duisburg her getroffen.

Die Alliierten denken nicht an Befreiung des Ruhrgebietes.

Amsterdam, 3. April. Die Westminster Gazette schreibt zur Blätterkennung, daß die Spartaisten im Ruhrgebiet die alliierten Truppen ersuchen, entweder der Vorkampf der hiesigen Truppen aufzugeben oder selbst das Ruhrgebiet an die U. S. P. zu überlassen, die Interessen der Alliierten liegen klar. Wir brauchen ein freies, ordentliches Deutschland und wollen und nicht in seine inneren Streitigkeiten mischen. Unsere Politik muß daher sein, der deutschen Regierung zu gestatten, die notwendigen Maßnahmen gegen die Auführer zu ergreifen.

Der wandernde Generalstreik.

Italien Deutschlands Leidensgenosse. Berlin, 23. April. (Drahtung von der italienisch-schweizerischen Grenze, 2. April.) Der Generalstreik scheint eine wandernde Krankheit Europas zu werden. In Deutschland war er, in Danemark ist er, in Italien wird er sein. In Turin sind bereits 40 000 Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Eine in Rom abgehaltene Vertreterkonferenz der Arbeiter und Beamten der Staatsanstalten, Münzstätten, Arsenalen, Tabakfabriken und ähnlicher Betriebe beschloß den sofortigen Generalstreik in ganz Italien. Was war geheißen? Das Kabinett Nitti hat doch schon einen vollen Kammerstreik erzwungen. Das Vertrauensvotum erhielt 250 gegen 195 Stimmen. In dem neuen Regierungsbüro befindet sich die katholische Partei mit ihren sämtlichen Arbeiterführern einschließlich des katholischen Volkseinstimmungs - das gibt es auch! - Willigt. Selbst die freien Sozialisten beifügen Nitti nur in gemäßigter Form. Warum also plötzlich Generalstreik?

Die Antwort gibt der Kursgettel, das beste Barometer dieser heillos verirrten Zeit: Der italienische Lire notierte vor einem Monat in der Schweiz 52 Centimes. Heute 25 Centimes! Nur noch ein Viertel seines Wertes. Das bedeutet in Italien vierfache Teuerung aller Lebensmittel und Bekleidungsstoffe. Bedeutet Arbeitslosigkeit, Mangel an Produktionsmöglichkeiten, Unzufriedenheit und Revolution. Was der geduldige Deutsche bis zum Fünfundzwanzigsten des Teuerungsdruktes aushielte, das ist dem temperamentvollen Italiener schon beim Bierischen unerträglich. Die Arbeiter sammeln sich drohend auf den Straßen der Städte und Dörfer. Zu ihrer Bewegung gesellen sich die Beamten, die Industriellen haben 85 vom Hundert ihres Personals entlassen. Sie haben keine Lust, ihre Fabriken, die im Krieg für Nützlichkeitszwecke so ungeheuer verdienten, für die bedrückende Rente der Friedensarbeit weiter arbeiten zu lassen. Trotz 500 Millionen Valuta kommen keine Einkünfte aus dem Ausland. Ein Export ist nicht zu erwarten. Die meisten Schiffe, die nach Italien kommen, sind Kohlenhülle. Aber diese fahren leer nach England zurück, weil die britische Regierung der Ansicht ist, es werde zuviel Zeit verloren, wenn für die Rückreise italienische Erzeugnisse, Seidstoffe, Schokolade nach Frankreich und England mitgenommen werden. So kommt es, daß die einheimischen Produkte im Lande verderben, während amerikanische und englische Waren den italienischen Markt überschwemmen.

Es ist bezeichnend für die traurige wirtschaftliche Lage Italiens, daß Nitti in der Kammer den Vorkampf machte (und dafür allgemeinen Beifall fand), zur Hebung der Valuta sämtlichen italienischen Wein zu exportieren und Italien nach amerikanischem Beispiel unter Alkoholhoheit zu stellen, also im eigentlichen Sinne aus der Rot eine Ungend zu machen. Aber wird dadurch wirklich soviel Brot billiger? Nein. Also hat der Unterrichtsminister für das Ernährungswesen angekündigt, die Regierung werde zu vierierlei Preisen für Arbeiter und Bevölkerung einführer. Wie will man dies durchführen? Nach dem Steuerzettel? Nach der Gewerkschaftsliste? Mehrfacherweise hält auch dieses die des Kolumbus die Arbeiter nicht vom Streik ab. Es stehen eben auch politische Gründe hinter der italienischen Generalstreikbewegung und diese ist innerlich bedeckt mit Weltrevolutionsgedanken und Sympathien für Deutschland.

Um des Ruffes Übung zu wiffen, ist es am besten, die Rede zu lesen, die der Sozialist Treves am 30. März in der Kammer hielt und die weit über seine Partei hinaus Verstandnis fand. Nachdem Treves betont hatte, daß nicht die sozialistische Partei, sondern die Verhältnisse auf Umruhr angedrängten, und eine Reihe von sozialen Reformvorlagen angekündigt hatte, kam er auf die Außenpolitik zu sprechen. Nitti habe in London zwar eine löbliche Tätigkeit entfaltet, und handle sicher in guten Absichten, die er auch zu verwirklichen wünsche. „Aber“, sagte der Redner, „sönnen wir sicher sein, daß Frankreich und England nicht auch fernerhin Deutschland isolieren werden? Das wirtschaftliche Wohlbefinden der Entente war einfaß lächerlich. Auch gegenüber Ausland war das Verhalten der Entente unbegreiflich. Wenn man Ausland politisch nicht anerkennt, darf man auch keine wirtschaftlichen Beziehungen zu ihm eingeleiten.“ Treves geisterte sodann die Befreiung Konstantinopels zugunsten der englischen Hegemonie und verlangte die Neutralisierung der Meerenge und forderte die Freiheit der Meere und — die Volksabstimmung für Schlesien-Hohelien. (Stürmischer Beifall.) Italien habe einen Krieg um seine Unabhängigkeit geführt. Treves' Rede endete mit einem grenzenlosen, minutenlangen Beifall.

Man sieht, Deutschland hat an Italien zwar noch nicht wieder einen Freund, aber einen Leidensgenossen. Und gleiches Leid führt zusammen.

# Die Ursachen der polnischen Generalstreikbewegung.

Gleichzeitig mit dem rein politischen Generalstreik in Deutschland lagte in Polen eine wirtschaftliche Generalstreikbewegung ein, die nur mit Mühe zum vorläufigen Stillstand gebracht werden konnte. Ueber die tieferen Ursachen dieser Bewegung gibt der Krakauer „Naprzód“ ein Bild, das insbesondere die zu den Volksabstimmungen in Bezug auf die Arbeitslosigkeit in Schottland, um zum Nachdenken anzuregen, die man auch im bescheiden Betriehland zurzeit nicht erfolgreich ausübt, so herrscht in Polen doch ein bedeutend größeres Wirtschaftsgeschäft. Der „Naprzód“ schreibt: „Man muß sich darüber klar werden, daß wir auf einem Kufkan leben. Nicht die Agitation von außen, nicht die Demagogie bringen die polnische Arbeiterklasse aus dem Gleichgewicht, sondern die Bedingungen, unter denen wir zu leben gezwungen sind und die sogar für die faßlichsten Leute unerträglich sind. In die maßlose, unaufhörlich wachsende Teuerung nicht der mächtigsten Leitter der Unfriedenszeit? Wenn man für einen minderwertigen Lohn wenigstens 1500 Kronen zahlen muß, wenn ein Kohlenarbeiter, der seit dem Herbst ruhig bei dem Bauer in der Hütte liegt, den Preis von 6 Kronen erlangt hat, wenn ein Leib ungenießbares Brot 4 Kronen kostet — braucht man da die Volkswirtschaft, um Unfriedenszeit zu sein? Die Teuerung wird aber immer mehr wachsen, weil der Wert des polnischen Geldes immer mehr fällt. Vermögenslose Leute werden es schon vor einem Jahre klar, daß Polen in den Augen des Westens und der Industrie Mittel ist. Solange wir kein tauschfähiges Zahlungsmittel an Stelle der wertlosen Papiernoten haben werden, so lange kann auch von keiner Besserung der Arbeitsverhältnisse und dadurch von einer Besserung der Arbeitermassen die Rede sein.“

Solche Wirtschaft läßt nicht einmal die Hoffnung auf irgend eine Besserung der Verhältnisse aufkommen. Woher sollen die Leute das Geld hernehmen? Ist es denn nicht klar, daß alles bei einer solchen Unmöglichkeit, die uns immer tiefer ins Elend hinabstürzt, wie ein Kartenhäuschen zusammenbrechen muß?

## Der vorrückende französische Kriegsmilitär.

Paris, 3. April. (Eigene Drahtnachricht.) Der französische Kriegsmilitär befand sich im Monat auf Anmarsch an, daß die Nachschubtruppe 1918 in Anbetracht der letzten auswärtsigen Lage erst zwischen dem 1. und 15. Juni einmarschieren werden konnte.

## Befehung von Plauen durch Holz.

Plauen, 3. April. (Eigene Drahtnachricht.) Heute früh gegen 7 Uhr trafen hier etwa 100 bewaffnete Mannschaften des Kommunisten-Holz in drei Automobilen aus Halle ein und besetzten sofort die Zugänge zum Rathaus. Auf dem Rathaus wurden Wachen angesetzt, in denen alle Fabrikanlagen und größeren Geschäftsbetriebe angeordnet wurden, zwecks Verhinderung der Finanzierung der roten Sache. Die Radikalen des Holz um 8 Uhr im Rathaus einmarschieren. Alle Richterhörsäle wurden besetzt, die Strafen zu erwarten. Ferner werden alle Einwohner angeordnet, sich heute Nachmittag 8 Uhr die Waffen abzugeben. Jeder, der dem später noch Waffen vorgefunden werden, wird auf der Stelle erschossen.

## Verschärfung der Krise in Dänemark.

Kopenhagen, 3. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die Meldungen, daß die Krise sich entspannen würde, hat sich nicht erfüllt. Seit gestern hat sich die Lage wesentlich verschärft. Die Hauptursache ist die ablehnende Haltung des Ministeriums gegenüber der sozialdemokratischen Forderung nach Einberufung des Folketings. Große Verwirrung hat auch in sozialdemokratischen Kreisen die Erklärung des Ministerpräsidenten Liebe ausgelöst, daß er sich keinem Militärabstimmungs des Parlamentes anschließen wolle und auf der Abgabe einer schriftlichen Erklärung seitens der Sozialdemokratie bestehen müsse, einer Verbindung des Generalstreiks erst nach den

## Hindenburgs Jugend.

Aus den Memoiren des Generalfeldmarschalls.

Es ist natürlich eine ausländische Zeitung, das deutsche Blatt „Neuzeit“, das zuerst mit der Veröffentlichung der Hindenburgs Memoiren begann. Der Verfasser muß seine Balaustgeschäfte machen, und wir dürfen uns die Kindheits- und Jugendjahre eines unserer Volkshelden aus dem Dänischen überlegen. Der Deutsche gewöhnt sich an alles, also auch daran, folgende Beschränkungen in der Kopenhagener Zeitung zu lesen. Als 15-jähriger Knabe lagte ich eines Frühlingstages, im Jahre 1850, meinem Vater am Gitter der Radettenanbahn Badstrasse in Esbensen. Der Abend galt nicht nur meinem geliebten Vater, sondern auch in meinem ganzen bisherigen Leben und im Gedanken daran floßen einige Tränen über meine Wangen. Ich sah sie auf meinen Wappenstein fallen. Da ich nicht mehr durch den Kopf: In diesen Jahren darf man nicht schwach sein und weinen; da ich mich nicht mehr einem stübligen Schmerzgefühl los und mischte mich, nicht ohne etwas Angst, unter meine neuen Kameraden. Sobald es werden, forderte sich mich keinen Entschluß, sondern es war mir selbstverständlich. Immer, wenn ich in meinen stübligen Spielen oder in meinen Gedanken mit einem Beruf wählte, hatte ich mich gelang, es könnte nur der militärische sein; denn der Dienst mit der Waffe für König und Vaterland war eine alte Tradition in meiner Familie. Meine Großeltern wohnten während meiner Kinderjahre in Rueden in Westpreußen. Nun ruhe ich, ebenso wie meine Eltern und viele andere, die meinen Namen tragen, auf dem dortigen Kirchhof. Fast jedes Jahr reisten wir im Sommer zu Besuch zu dem in Rueden wohnenden Wegweiser mit der Post zurück. Bei einem dieser Besuche machte es einen tiefen Eindruck auf mich, als mein Großvater mir erzählte, wie er im Jahre 1806/07 als Landrat in dem in der Nähe befindlichen Schloss Finckenstein Napoleon I. bitten mußte, die Kontributionen zu erlassen, wie er aber föhlig abgewiesen wurde. Auch zum Durchmarsch und Einquartierung der Fran-

kenwachen entsprochen. Dieser Forderung haben sich bekanntlich die sozialdemokratischen Parteiführer widersetzt. Die sozialdemokratische Partei bezieht die Lage als hoffnungslos und glaubt nicht, daß die Verhandlungen zu einer Lösung der Krise führen werden. Der Generalstreik soll mit den schärfsten Mitteln gesührt werden.

## Folkethingwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 2. April. Laut Mitteilung des Ministeriums wird die Wahl zum Folkething am Donnerstag, den 22. April stattfinden.

Kopenhagen, 2. April. Der Präsident des Folkething hat die Forderung der radikalen Linken und der Sozialdemokraten, das Folkething am Montag einzuberufen, abgelehnt, da die Sozialdemokraten sich geweigert hätten, die vom Staatsminister Liebe geforderte schriftliche Erklärung anzugeben, den Generalstreik bis nach den Wahlen anzulegen.

## Drohende Haltung der Menge in Kopenhagen.

Kopenhagen, 3. April. (Drahtnachricht.) Die Stimmung in der Stadt wird erregt. Um 5 Uhr wurde die Sperre nach dem Schlossplatz von der Menge durchbrochen. Spontane Versammlungen fanden an der Bolk und große rote Fahnen wurden aufgepflanzt. Rufe wie: Nieder mit dem König und: Es lebe die Republik wurden laut, aber schließlich lösten sich die Ansammlungen in Ruhe wieder auf.

## Rußland will Frieden mit Finnland.

Amsterdam, 3. April. Einer „Times“-Mitteilung aus Moskau zufolge hat der russische Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten die finnische Regierung aufgefordert, einen Vertreter nach Petersburg zu entsenden, um über die zwischen Rußland und Finnland bestehenden Streitigkeiten zu verhandeln.

## Ueberfall auf einen Geldtransport in Irland.

London, 1. April. Reuter. Ein Sonderzug, in dem sich der Bahnhofsleiter der Great Southern Western Railway von Irland mit einer größeren Beselung zum Gehaltsauszahlung befand, wurde fünf Meilen von Limerick entführt von 50 bewaffneten Männern angehalten, die das Geld raubten.

## Der Frieden mit Amerika.

Annapolis, 2. April. Funknachricht. Der Ausschluß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten hat mit 12 gegen 6 Stimmen beschlossen, dem Hause in bestimmtem Sinne über die Entschickung betreffend die Abnähmung des Kriegszustandes mit Deutschland zu berichten. Es werden Maßnahmen zur Wiederaufhebung des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland getroffen.

## Die internationale Finanzhilfe an China.

Tokio, 2. April. Havas. Die Bankiers haben unter Zustimmung der Regierung beschlossen, sich dem Konsortium amerikanischer, britischer und französischer Finanzgruppen anzuschließen, die China eine finanzielle Hilfe gewähren wollen.

## Die Konferenz in San Remo.

Mailand, 3. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der „Corriere della Sera“ berichtet, ist die Konferenz der Ministerpräsidenten in San Remo nun endgültig auf den 12. April anberaumt worden. Sie wird, nur von kurzer Dauer sein.

## Nahrungsmittel-Beschränkungen in Italien.

Rom, 3. April. Havas. Ein Dekret veröffentlicht eine Verfügung über Beschränkungen im Verbrauch von Brot, Fleisch, Reis, Mehl und Zucker. Der Fleischverbrauch ist Donnerstag und Freitag verboten.

## Entstellungen über Monte Carlo.

In London erregt gegenwärtig ein Buch von J. Comins Paulance allgemeines Aufsehen, da es gegen die Spielbankentung von Monte Carlo schwere Vorwürfe, um es kurz zu sagen, den Vorwurf des Falls pieta erhebt. Aus den zahlreichen Beobachtungen Laurences ist folgende Mitgeteilt: Eines Abends ließ sich ein Herr an einen Tisch gänzlich unbeachteten Spieltisch und häufte vor sich eine Menge Geld und Banknoten auf. Er gewann Schlag auf Schlag und verlor nicht ein einziges Mal. Ich zählte eine ununterbrochene Serie von mehr als zwanzig Gewinnen. Während das Spiel weiterging, wirkte ein Chef einen Spieler heran und flüsterte ihm etwas ins Ohr. Der Spieler entfernte sich und bald darauf kam ein alter Inspektor, der seit vielen Jahren im Kasino angestellt war, an den Spieltisch. Der Chef sagte ihm laute einige Worte, der Inspektor beugte sich über den Tisch, sah den glücklichen Spieler genau ins Auge und flüsterte dem Chef zu: „Ach ja, nur ungefähr sieben Tausend.“ In dem Spiel trat mit einem Schlag eine merkwürdige Wandlung ein: Der Herr gewann nichts mehr. Offensichtlich hatte der Chef den Herrn für einen reichen Spieler gehalten, dessen Spielstundt ausgetastet werden mußte. Aber der alte Inspektor hatte ein besseres Gedächtnis, so daß keine Zeit mehr verstrichen werden konnte. Zweifellos glaubte er, daß das Glück sich nun gegen ihn wandte, aber es war der Croutier, der ein Zeichen bekommen hatte und dafür sorgte, daß das Geld und die Banknoten vor dem Spieler schnell verschwand.

## Metallarbeiterstreik in Turin.

Turin, 3. April. Der „Corriere della Sera“ berichtet aus Turin, daß seit etwa sechs Tagen 50 000 Metallarbeiter streiken.

## Rücktritt des türkischen Oberambassades.

London, 3. April. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß der türkische Oberambassade zurückgetreten ist, weil die Worte sich weigerte, die Erlaubnis dazu zu geben, daß Juden fremder Nationalität an den Wahlen der örtlichen jüdischen Gemeinden teilnehmen.

## Die Münchener Sozialdemokraten zur Ruhrfrage.

München, 3. April. Die Münchener Post meldet, am Freitag ist vom Parteiaussschuß der sozialdemokratischen Partei München einseitig eine Kundgebung an die Reichsregierung beschlossen worden, in der die Bedenken der Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit und ganz getilgt werden, daß große Teile der bereitgestellten Reichswehr und Zeitfreiwilligen-Gruppen nicht verlastungstreu seien und deshalb sofort aus ihren Kontingenten entfernt werden müssen. In dem Kundgebungsdokument werden die verschiedenen Arbeiterführer aus dem Kreis der organisierten Arbeiterführer einbezogen. Die sozialdemokratische Parteileitung fordert deshalb von der Regierung, daß sie vor der Anwendung scharfer Mittel die letzte Möglichkeit einer friedlichen Verständigung mit den politischen und gewerkschaftlichen Anhängern der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets erschöpft. Sollte eine terroristische Minderheit dem friedlichen Ausgleich entgegengetreten, so sei beim bewaffneten Vorgehen strengste Vorbehalte zu treffen, doch Übergriffe und unnötige Härten unter allen Umständen vermieden werden. Im Falle der Nichterfüllung der Forderungen erklärt sich die Parteileitung in vollster Solidarität zur Anwendung der scharfsten Waffe, des Generalstreiks, bereit.

## Zu den Ausführungen des Reichskanzlers.

Berlin, 3. April. Die Ausführungen des Reichskanzlers vor der Presse über die Ruhrfrage sind in der Öffentlichkeit nicht ohne Widerspruch geblieben. Der Reichskanzler hat nicht gesagt, daß die Reichsregierung sich erst nach Berichten von mehrheitlich sozialistischer Seite zum Einsetzen im Ruhrgebiet veranlaßt gesehen habe, während sie sich den Hilfskräften der bürgerlichen Parteien und der christlichen Gewerkschaften gegenüber verhalten habe. Seine Ausführungen waren vielmehr folgende:

Die Wortführer der Radikalen im Ruhrgebiet haben in Besprechungen mit der Reichsregierung, deren Informationen alle nur von bürgerlicher und christlich-sozialer Seite herzurühren, beanstandet. Dieser radikalen Seite gegenüber ist es uns eine außerordentliche Stütze gemein, als auch von mehrheitssozialistischer und gleich darauf von unabhängiger Seite dieselben Fiktionen und dieselben Schiedungen kamen. Das war um so wesentlicher, als die Staatskräfte in Essen den Anfechtungen erwidern wollten, als sei die staatsgefährdende Bewegung im Ruhrgebiet immer noch in dem zwei sozialistischen Parteien mitgetragen. Daß die Darstellungen von nichtsozialistischer Seite im Kabinett ebenfalls bedeuten wie die von sozialistischer Seite ist selbstverständlich und ergibt sich aus der Zusammenfassung der Konfessionsregierung.

## Wieder Ruhe in Thüringen.

Kassel, 3. April. Nach der Aufhebung des Ausnahmestandes über Thüringen durch den Reichspräsidenten ist am gestrigen Tage mit dem Abtransport entbehrlicher Truppenteile begonnen worden. Jetzt werden die Zeitfreiwilligen-Verbände in ihre Aufstellungsorte zurückgeführt werden.

## Zur Entwaffnung der Kapitulanten.

Berlin, 3. April. Nach einer Meldung des „Post. Ztg.“ aus Hamburg verweigert die Ueberwachungsstelle der Eisenbahn des Direktionsbezirks Altona nach wie vor den Abtransport Thüringischer Truppen nach dem